

## Stellungnahme von Bauherr:innen + Pastor der evangelischen Gemeinde St. Ansgarii zur aktuellen politischen Situation

Im Licht der aktuellen migrationspolitischen Debatte geben wir, die Bauherr:innen und der Pastor der ev. Gemeinde St. Ansgarii, folgende Stellungnahme ab.

Das anhaltende Erstarken des Rechtsextremismus besorgt uns zutiefst. Der Bremer Kirchentag vom 15./16. Mai 2024 hat diesem zurecht eine scharfe Absage erteilt. Aufgrund unseres Glaubens betrachten wir alle Menschen als Geschöpfe Gottes und setzen uns in unserer von Vielfalt geprägten Gesellschaft für ein friedliches Zusammenleben ein: „Deshalb lassen wir Hass und Extremismus keinen Platz“, heißt es in dieser Erklärung.

Die migrationspolitische Debatte bewegt sich in den letzten Tagen jedoch auf eine neue Stufe der Polarisierung zu: Anfeindungen und persönliche Attacks, die pauschale Diffamierung des politischen Gegners, Parolen des Hasses und der Verunglimpfung mehren sich, in den Plenarsälen und insbesondere bei öffentlichen Kundgebungen. Hier treten neben verbale Gewaltäußerungen mitunter auch körperliche Gewaltanwendungen, in Form von Sachbeschädigungen etwa von Parteigeschäftsstellen oder in Einzelfällen sogar gegen Personen.

„Hass“ zu propagieren und in Form von Gewalt auszuüben, widerspricht aber unserer christlichen Ethik. Schon im Januar 2024 war es darum bspw. abzulehnen, dass auf der grundsätzlich überaus begrüßenswerten Großdemonstration auf dem Domshof skandiert wurde: „Ganz Bremen hasst die AfD.“ Gleiches gilt etwa für die Projektion des Satzes „Ganz Berlin hasst die CDU“ am 2.2.2025 auf die Berliner Siegessäule. Denn aus christlicher Perspektive darf Hass nicht zum Programm erhoben werden – egal, gegen wen. Denn wie sollten wir uns verhalten? „Nicht dadurch, daß wir dem Bösen des anderen Nahrung geben an unserm Bösen, dem Haß des anderen an unserm Haß, sondern dadurch daß das Böse ins Leere stößt und nichts findet, woran es sich entzünden kann“, wie Dietrich Bonhoeffer schrieb.

Bleibende Aufgabe der Kirche ist es, gegenüber der Politik „Zumutungen des Evangeliums“ (Eberhard Jüngel) und, wenn nötig, Widerspruch in der Sache formulieren, gerade in der Anwaltschaft für die Schwachen und Benachteiligten unserer Gesellschaft. Mit dieser Stellungnahme wollen wir dazu aufrufen, dies – bei aller potenziellen Kontroverse in der politischen Beurteilung der Wirklichkeit – konstruktiv, differenziert und respektvoll zu tun. Wir positionieren uns entschieden gegen jede Form der Gewalt. Auch die rhetorische Gleichsetzung von Parteien jenseits und diesseits des demokratischen Konsenses, wie sie wiederholt zu beobachten ist, halten wir für schädlich. Wir schließen uns Bischof Christian Stäblein, dem Flüchtlingsbeauftragten der EKD an, der am 31.01.2025 eine „Entemotionalisierung“ der Debatte anmahnte.

Die Washingtoner Bischöfin der Episkopalkirche, Mariann Edgar Budde, hat den US-Präsidenten Donald Trump am 21.01.2025 mit klaren Worten zu Barmherzigkeit aufgerufen und, nachdem dieser sie daraufhin als „Trump-Hasserin“ bezeichnete, geschrieben, der US-Präsident sei nicht ihr Feind und sie werde „weiterhin für ihn beten“. Eine solche Haltung – inhaltliche Kritik gepaart mit menschlichem Respekt – halten wir für vorbildlich. In den medialen Diskursen und politischen Arenen, auf den Straßen und im Freundes-, Familien- und Bekanntenkreis benötigen wir sie zurzeit dringend.

Mit Blick auf die politische Debatte und namentlich die für den 8.2.2025 angekündigte Demonstration „Bremen hält zusammen“ auf dem Domshof wollen wir alle Beteiligten dazu aufrufen, ein Signal des Friedens zu senden und nicht der Feindseligkeit, der Solidarität und nicht der Polarisierung – ein Zeichen für den Zusammenhalt in unserer pluralistischen Gesellschaft.